

MANDANTENZEITUNG III | 2019

Mit Ruhe und Gelassenheit ins neue Jahr 2020

▼ **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,** „Und wieder nun lässt aus dem Dunkeln / die Weihnacht ihre Sterne funkeln! / Die Engel im Himmel hört man sich küssen / und die ganze Welt riecht nach Pfeffernüssen.“

Diese Verse des Schriftstellers Arno Holz zeigen uns: Weihnachten und damit die Zeit mit Familien und Freunden steht vor der Tür und das Jahr neigt sich seinem Ende zu. Für uns ist es also an der Zeit, Ihnen „Danke“ zu sagen. Wir sind sehr glücklich darüber, dass wir mit Ihnen zusammenarbeiten durften und bedanken uns für Ihr Vertrauen!

Damit geht auch ein Jahr zu Ende, das einmal mehr viele politische, wirtschaftliche und steuerliche Veränderungen gebracht hat – von der Verschärfung der Zinspolitik über konjunkturelle Sorgen bis hin zu zum Teil schweren diplomatischen Verwicklungen, sei es der US-chinesische „Handelskrieg“ oder Spannungen mit dem Iran.

Über viele Auswirkungen auf Ihr Unternehmen und Ihre eigene steuerliche Situation haben wir Sie in den zurückliegenden Mandantenbriefen informiert. Damit haben wir Ihnen Lösungswege für den Umgang mit Entscheidungen und Sachverhalten aufzeigen. Auf den kommenden Seiten erfahren Sie dementsprechend einmal mehr viel Wissenswertes aus der Welt des Steuerrechts.

Das ist auch unser Anspruch im neuen Jahr 2020: Wir sind da, wenn Sie uns brauchen – als Ihr vertrauensvoller Partner und Berater, wie Sie uns kennen!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien, Freunden und Mitarbeitern ein besinnliches Weihnachtsfest, einen guten Übergang ins neue Jahr, viel Erfolg und vor allem Gesundheit in 2020!

Mit herzlichen Grüßen Andreas Bartkowski, Frank Kirsten, Joachim Köllmann und das ganze Team



Mietwohnungsneubau wird steuerlich stark begünstigt

Seite 2

Besonderheiten für Einnahme-Überschuss- Rechner zum Jahresende

Seite 3

Wieder neue Regelungen bei der Kassenführung

Seite 4

Steuerliche Vorteile von Elektrofahrzeugen und Fahrräder verlängert

Seite 5

Wichtige Gesetzes- änderungen bei der Umsatzsteuer

Seite 6

Bundesregierung beschließt weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Seite 7

Kombination: Baukindergeld und Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen

Seite 8

Schnitzler & Partner

Steuerberatungsgesellschaft

Mietwohnungsneubau wird steuerlich stark begünstigt

▼ Das „Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus“ sieht eine Sonderabschreibung für vier Jahre in Höhe von bis zu jährlich fünf Prozent vor, wenn Mietwohnungen bestimmte Anschaffungskosten nicht überschreiten.

Was lange währt, wird irgendwann gut: Es hat gedauert, bis der Gesetzgeber das „Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus“ auf den Weg gebracht hat. Aber seit Herbst ist nun klar, dass diejenigen, die erschwinglichen Wohnraum schaffen, steuerlich maßgeblich unterstützt werden. Das Gesetz sieht vor allem eine Sonderabschreibung vor, die im Jahr der Anschaffung oder Herstellung des Mietobjektes und in den folgenden drei Jahren in Höhe von bis zu jährlich fünf Prozent neben der regulären Abschreibung in Anspruch genommen werden kann. Für Neubauten gilt generell eine lineare Abschreibung mit einem Abschreibungssatz von zwei Prozent jährlich über den Zeitraum von 50 Jahren hinweg.

Die Sonderabschreibung in Höhe von 2.000 Euro je Quadratmeter Wohnfläche wird nur gewährt, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten 3.000 Euro je Quadratmeter Wohnfläche nicht übersteigen, um den Gedanken des bezahlbaren Wohnens zu forcieren. Dies darf auch nachträglich nicht überschritten werden, sonst kann die Sonderabschreibung rückwirkend gestrichen werden. Es werden Anschaffungskosten für Grund und Boden aber bei den Maximalkosten pro Quadratmeter nicht berücksichtigt.

Bis Ende 2021 Bauantrag für neue Wohnung stellen

▼ Gefördert werden damit nicht nur der Neubau, sondern auch ein Umbau von bestehenden Gebäudedeckflächen, wenn dadurch erstmals eine Wohnung entsteht. Hierzu zählen auch Aufstockungen oder Anbauten auf oder an bestehenden Gebäuden oder Dachgeschossausbauten.

Wer den Abschreibungsbonus in Anspruch nehmen will, muss bis Ende 2021 einen Bauantrag für eine neue Wohnung stellen und sich verpflichten, diese für mindestens zehn Jahre zu vermieten. Außerdem kann die Sonderabschreibung letztmalig im Jahr 2026 in Anspruch genommen werden. So sollen Anreize gesetzt werden, Wohnungen spätestens im Jahr 2023 fertigzustellen, um den vollen Zeitraum der Sonderabschreibung ausschöpfen zu können. Die Sonderabschreibung kann nicht nutzen, wer schon eine andere öffentliche Förderung für seine Investition bezieht.



Der Mietwohnungsneubau wird nun steuerlich durch eine Sonderabschreibung gefördert.

Schnitzler & Partner Steuerberatungsgesellschaft

Hauptstraße 173
41236 Mönchengladbach
Telefon +49 (0)2166 9232-0
Telefax +49 (0)2166 2865
kanzlei@schnitzler-partner.de

Bildnachweise:

Seite 2: shutterstock/Budimir Jevtic
Seite 3: shutterstock/sanjungtion
Seite 4: shutterstock/Andreea Pirvu
Seite 5: shutterstock/Tomas K
Seite 6: shutterstock/Allexandar
Seite 7: shutterstock/wavebreakmedia
Seite 8: shutterstock/kurhan

Besonderheiten für Einnahme-Überschuss-Rechner zum Jahresende

▼ Bei nicht-bilanzierenden Unternehmen werden Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich in dem Kalenderjahr steuerlich berücksichtigt, in dem sie zu- beziehungsweise abgeflossen sind.

Unternehmen, die ihre Gewinne nach der Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermitteln, kennen das Prinzip: Alle Zu- und Abflüsse werden dem Wirtschaftsjahr zugerechnet, in dem sie tatsächlich angefallen sind. Beim Zufluss von Einnahmen ist zum Beispiel der Zeitpunkt der Entgegennahme von Bargeld, eines Schecks oder die Gutschrift auf dem Bankkonto maßgebend.

Für Ausgaben gilt Entsprechendes: Bei Überweisungen ist der Abfluss in der Regel erfolgt, sobald der Überweisungsauftrag der Bank übermittelt wurde. Bei Zahlungen mittels Girocard oder Kreditkarte ist für den Abfluss regelmäßig die Eingabe der PIN-Nummer maßgebend. Zahlungen mittels Lastschriftverfahren gelten mit Erteilung der Einzugsermächtigung als am Fälligkeitstag abgeflossen, unabhängig vom Buchungstag. Das bedeutet: Die im Januar gezahlte Rechnung an den Dienstleister über seine Aktivitäten im Dezember gehört ins neue Steuerjahr.

Für Einnahme-Überschuss-Rechner besteht dadurch noch die Möglichkeit, durch vorgezogene Betriebsausgaben ihre Steuerbelastung zu senken.

Zehn-Tage-Regelung bei regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben beachten

Eine andere Regelung gilt bei regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben; dazu gehören unter anderem Miet- und Pachtzahlungen, Versicherungsbeträge und Darlehenszinsen. Fließen diese in einem Zeitraum von zehn Tagen vor oder nach dem kalendarischen Jahreswechsel ab (22. Dezember bis 10. Januar), werden sie eben aufgrund der Regelmäßigkeit automatisch dem Kalenderjahr zugerechnet, zu dem sie wirtschaftlich gehören. Will heißen: Die Ende Dezember 2019 für 2020 zu zahlenden Versicherungsbeiträge werden auch für 2020 als Betriebsausgaben veranschlagt, die am 2. Januar überwiesene Büromiete für den abgelaufenen Dezember fällt hingegen für 2019 an.

Für die Umsatzsteuervorauszahlung gilt eine besondere Regelung. Sie zählt grundsätzlich zu den wiederkehren-

den Ausgaben, auch wenn die Umsatzsteuervorauszahlung für Dezember nicht am 10. Januar aufgrund eines Wochenendes eingezogen werden kann, sondern erst am 11. oder 12. Januar. Obwohl die Zahlung außerhalb des Zehn-Tage-Zeitraums erfolgt, wird diese Zahlung noch dem Dezember zugerechnet, da die Fälligkeit noch in den Zehn-Tage-Zeitraum fällt.



Bei Einnahmen und Ausgaben rund um den Jahreswechsel ist die Zehn-Tage-Regelung zu beachten.

Unbelegte Brötchen sind keine „Mahlzeit“

Zum lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtigen Arbeitslohn eines Arbeitnehmers gehören – neben dem Barlohn – grundsätzlich auch Sachbezüge und sonstige Vorteile, die der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit seiner Beschäftigung von seinem Arbeitgeber erhält. Gehören zu diesen Lohnbestandteilen beispielsweise kostenlose (arbeits tägliche) Mahlzeiten, ist der Wert dieses Vorteils regelmäßig mit einem pauschalen Sachbezugswert dem Arbeitslohn hinzuzurechnen.

Der Bundesfinanzhof hat jetzt klargestellt, dass eine kostenlose Bereitstellung von unbelegten Brötchen und einem Heißgetränk im Betrieb keine „Mahlzeit“ im Sinne dieser Regelung ist. Im Streitfall handelte es sich unter anderem um Laugen-/Körnerbrötchen, Rosinen- und Schokobrötchen. Ein Belag wie Butter, Konfitüre oder Aufschnitt wurde nicht bereitgestellt. Unbelegte Brötchen unterfallen dementsprechend auch nicht der Hinzurechnung zum Arbeitslohn.

Wieder neue Regelungen bei der Kassenführung

▼ Unternehmen müssen berücksichtigen, dass ab dem **1. Januar 2020 ein Kassensystem zu verwenden ist, das durch eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung geschützt wird.**

Unternehmen, die zur Aufzeichnung von Zahlungsvorgängen ein elektronisches oder computergestütztes Kassensystem nutzen, sind mittlerweile fast gewohnt, dass sich die Welt für sie aus rechtlicher Sicht regelmäßig ändert. Jetzt ist zu berücksichtigen, dass ab dem 1. Januar 2020 ein Kassensystem zu verwenden ist, das durch eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung geschützt wird. Das elektronische Aufzeichnungssystem muss gewährleisten, dass für jede Transaktion der Zeitpunkt des Vorgangsbeginns, eine eindeutige und fortlaufende Transaktionsnummer, die Art des Vorgangs (zum Beispiel Storno, Rechnung etc.), die Daten des Vorgangs, die Zahlungsart (bar oder unbar), der Zeitpunkt der Vorgangsbeendigung oder des Vorgangsabbruchs, ein Prüfwert und die Seriennummer des elektronischen Aufzeichnungssystems protokolliert werden.

Zudem müssen Unternehmen innerhalb eines Monats nach Anschaffung des elektronischen Aufzeichnungssystems dem zuständigen Finanzamt nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck den Namen, die Steuernummer, die Art der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung sowie die Art des verwendeten elektronischen Aufzeichnungssystems mitteilen. Ist das elektronische Aufzeichnungssystem vor dem 1. Januar 2020 angeschafft worden, sind die Meldungen bis zum 31. Januar 2020 gegenüber dem Finanzamt vorzunehmen.

Keine Pflicht für elektronisches Aufzeichnungssystem

Eine Erleichterung gibt es für Unternehmen, die ihre Kasse schon länger in Betrieb haben. Haben diese nach dem 25. November 2010, aber vor dem 1. Januar 2020 eine Registrierkasse angeschafft, die den Anforderungen der sogenannten Zweiten Kassenrichtlinie (wozu unter anderem die GoBD-Konformität durch das „Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ gehört) entspricht und die bauartbedingt nicht aufrüstbar ist, darf diese Registrierkasse bis zum

31. Dezember 2022 weiterverwendet werden. Und nutzen Unternehmen bislang überhaupt kein elektronisches Aufzeichnungssystem, sondern arbeiten sie stattdessen mit einer offenen Ladenkasse, sind sie auch nach dem 31. Dezember 2019 nicht verpflichtet, sich ein elektronisches Aufzeichnungssystem anzuschaffen.

Erfassung allein der Tagesgesamteinnahmen nicht zulässig

Unabhängig von der Art des Kassensystems besteht grundsätzlich eine Verpflichtung, die Geschäftsvorfälle einzeln aufzuzeichnen. Die Erfassung allein der Tagesgesamteinnahmen ist danach nicht zulässig. Die Verpflichtung zur Einzelaufzeichnung besteht aus Zumutbarkeitsgründen lediglich bei Verkauf von Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen gegen Barzahlung nicht, wenn kein elektronisches Aufzeichnungssystem, sondern eine offene Ladenkasse verwendet wird (bei Verwendung eines elektronischen Aufzeichnungssystems sind die Einnahmen stets einzeln aufzuzeichnen). Die Einnahmen müssen dann anhand eines Kassenberichtes nachgewiesen werden, wobei die Anfertigung eines sogenannten Zählprotokolls zwar nicht erforderlich, aber empfehlenswert ist. Auch auf die Erbringung von Dienstleistungen kann die Erleichterung des Nachweises der Tageseinnahmen angewendet werden, die an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen gegen Barzahlung erbracht wird, falls sich der Kundenkontakt auf Bestellung und Bezahlvorgang beschränkt.



Für Unternehmen mit einem elektronischen oder computergestützten Kassensystem gibt es neue Vorschriften.

Steuerliche Vorteile von Elektrofahrzeugen und Fahrräder verlängert

▼ **Umweltfreundliche Autos, Fahrräder und E-Bikes können für Unternehmer und Arbeitnehmer zu interessanten steuerlichen Effekten führen. Jetzt hat der Gesetzgeber die Förderung zunächst bis Ende 2030 ausgedehnt.**

Dürfen Arbeitnehmer ihre Dienstwagen auch privat nutzen, müssen sie die auf die Privatnutzung entfallenden Kosten regelmäßig versteuern. Dafür steht entweder die Ein-Prozent- oder die Fahrtenbuch-Methode zur Verfügung. Handelt es sich bei dem Fahrzeug aber um ein Elektrofahrzeug oder ein extern aufladbares Hybridelektrofahrzeug, sind die privaten Kosten – ob pauschal angesetzt oder individuell ermittelt – nur zur Hälfte zu berücksichtigen, sofern ein entsprechendes Fahrzeug entweder nach dem 31. Dezember 2018 angeschafft oder zumindest erstmals nach diesem Tag einem Arbeitnehmer zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Begünstigt sind gleichermaßen Leasingfälle. Damit fällt



Eine neue Regelung sorgt dafür, dass Elektroautos und Hybrid-Fahrzeuge steuerlich stark begünstigt werden.

nur 50 Prozent der privaten Nutzungsbesteuerung bei diesen Fahrzeugtypen an. Natürlich gilt die Regelung auch, wenn Unternehmer über ein begünstigtes Elektrofahrzeug oder extern aufladbares Hybridelektrofahrzeug als Geschäftsfahrzeug verfügen, das sie nach dem 31. Dezember 2018 angeschafft haben.

Mindestreichweite für Begünstigung entscheidend

Die Begünstigung sollte ursprünglich nur für Fahrzeuganschaffungen vor dem 1. Januar 2022 gelten. Sie soll nunmehr auf Anschaffungen ausgedehnt werden, die vor dem 1. Januar 2031 erfolgen. Ein extern aufladbares Hybridelektrofahrzeug ist bei einer Anschaffung vor dem 1. Januar 2022 aber nur begünstigt, wenn seine Mindestreichweite unter ausschließlicher Nutzung des elektrischen Antriebs 40 Kilometer beträgt oder die Kohlendioxidemission je gefahrenem Kilometer höchstens 50 Gramm ausmacht. Die Mindestreichweite unter ausschließlicher Nutzung der elektrischen Antriebsmaschine wird auf 60 Kilometer erhöht, wenn das Fahrzeug nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. Januar 2025 angeschafft wird. Erfolgt die Anschaffung noch später (aber vor dem 1. Januar 2031), muss die Mindestreichweite unter ausschließlicher Nutzung des elektrischen Antriebs 80 Kilometer ausmachen. Der alternativ maßgebliche Höchstemissionswert soll für Fahrzeuganschaffungen nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. Januar 2031 aber gleichbleiben.

Steuerfreistellung für Dienstfahrräder

Interessante Regelungen gelten auch für Dienstfahrräder. Stellen Unternehmen ihren Arbeitnehmern ein betriebliches Fahrrad zur Verfügung, das auch privat genutzt werden darf, unterliegt der daraus erwachsene Vorteil nicht der Besteuerung. Dies steht aber unter der Voraussetzung, dass die Fahrradüberlassung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erfolgt (ihr darf also keine Gehaltsumwandlung zugrunde liegen). Aber auch Unternehmer können die Steuerfreistellung für die private Nutzung eines Fahrrads oder die ermäßigte Besteuerung für ein Elektrofahrrad beanspruchen, das sie sich für betriebliche Zwecke anschaffen.

Es war ursprünglich ebenso vorgesehen, diese Steuerfreistellung auf die Jahre 2019 bis 2021 zu beschränken. Die Steuerfreistellung soll nunmehr aber bis zum Jahre 2030 (einschließlich) ausgeweitet werden. Nicht beansprucht werden kann die Steuerfreistellung für Elektrofahrräder, deren Motor auch Geschwindigkeiten über 25 km/h ermöglicht. Wird ein solches Elektrofahrrad auch für private Zwecke zur Verfügung gestellt, sind der Privatnutzung aber auch nur die hälftigen Kosten zugrunde zu legen, falls das Elektrofahrrad nach dem 31. Dezember 2018 angeschafft wurde.

Wichtige Gesetzesänderungen bei der Umsatzsteuer

▼ Mit dem Beginn des kommenden Jahres (teilweise aber auch erst ab dem Jahr 2021) treten wichtige Änderungen der Umsatzbesteuerung in Kraft. Diese Regelungen sollten Unternehmen kennen.

Die Umsatzsteuer ist der Höhe nach eine der bedeutendsten Einnahmequellen von Bund, Ländern und Gemeinden und für Unternehmen insofern wichtig, als dass sie diese bei ihren Anschaffungen geltend machen können, aber der Umgang damit auch besondere Sorgfalt erfordert – die Finanzbehörden sind bei umsatzsteuerlichen Verstößen nicht zu Späßen aufgelegt. Daher ist es wichtig, dass Unternehmer immer über die neuesten Regelungen informiert sind.

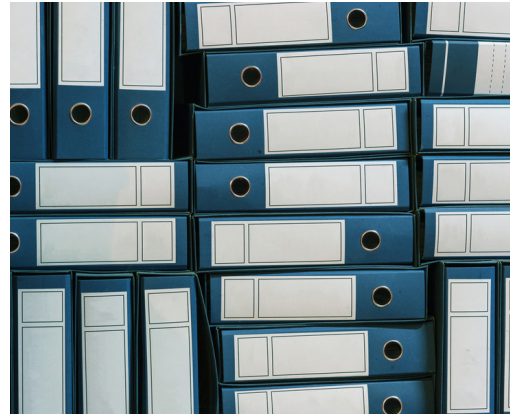
Führen Unternehmen Lieferungen in andere Mitgliedstaaten der EU aus (sogenannte innergemeinschaftliche Lieferungen), ist für diese bedeutsam, dass die bisherige Umsatzsteuerfreistellung ab dem 1. Januar 2020 entfällt, wenn der Pflicht zur Abgabe der Zusammenfassenden Meldung nicht ordnungsgemäß nachgekommen wird. Voraussetzung für die weitere Gewährung der Umsatzsteuerbefreiung ist zudem, dass der Abnehmer eine ihm im anderen Mitgliedstaat erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer verwendet.

Umfangreiche Nachweise und Aufzeichnungen notwendig

Ebenfalls zum 1. Januar 2020 wird eine „Konsignationslagerregelung“ geschaffen. Danach ist die Beförderung oder der Versand von Gegenständen in einen anderen Mitgliedstaat der EU auch dann umsatzsteuerfrei, wenn die Gegenstände zunächst nicht ausgeliefert, sondern eingelagert werden. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass dem inländischen Unternehmer der vollständige Name und die vollständige Anschrift des Erwerbers im Zeitpunkt des Beginns der Beförderung oder Versendung bekannt sind und die Lieferung an ihn innerhalb von zwölf Monaten bewirkt wird. Dazu sind umfangreiche Nachweise und Aufzeichnungen zu führen.

Umsatzsteuerbefreiung für unterrichtende Tätigkeiten

Vollständig neu gefasst werden soll darüber hinaus die Umsatzsteuerbefreiung für unterrichtende Tätigkeiten ab 2021.



Bei der Umsatzsteuer tut sich einiges. Das sollten Unternehmer jederzeit beachten.

Bahn wird grundsätzlich ermäßigt besteuert

Ab 2020 soll die Personenbeförderung im Bahnverkehr unabhängig von der Beförderungsstrecke nur noch mit sieben Prozent Umsatzsteuer belegt werden. Im Bus- und Fährverkehr wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz weiterhin nur bei Beförderungen innerhalb einer Gemeinde oder bis zu einer Beförderungsstrecke von 50 Kilometer gewährt.

E-Books mit ermäßigter Umsatzsteuer

Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent, der bereits für Bücher in physischer Form gilt, soll auf E-Books ausgeweitet werden – unabhängig davon, ob das Erzeugnis auch auf einem physischen Träger angeboten wird. Das soll aber auf elektronische Veröffentlichungen beschränkt sein, die herkömmlichen Büchern und Zeitschriften entsprechen. Die Nutzung elektronischer Datenbanken und Archive wird danach voraussichtlich nicht der Umsatzsteuerermäßigung unterfallen.

Bundesregierung beschließt weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags

▼ Ab 2021 soll bis zu einem zu versteuernden Einkommen von **61.717 Euro (Alleinstehende)** beziehungsweise **123.434 Euro (Verheiratete)** kein Solidaritätszuschlag mehr fällig werden.

Die Bundesregierung hat am 21. August 2019 den Entwurf eines Gesetzes zur weitgehenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags beschlossen. Damit soll ab 2021 der Solidaritätszuschlag für rund 90 Prozent der bisherigen Zahler wegfallen. Für weitere 6,5 Prozent soll der Zuschlag zumindest in Teilen wegfallen. Wichtig: Auf die Körperschaftsteuer von Kapitalgesellschaften (also insbesondere GmbHs und AGs) soll der Solidaritätszuschlag unverändert erhoben werden.

Die Freigrenze, bis zu der kein Solidaritätszuschlag anfällt, soll von heute 972/1.944 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung) auf 16.956/33.912 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung) der Steuerzahlung angehoben werden. An die Freigrenzen von 61.717 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 123.434 Euro (Verheiratete) soll sich eine sogenannte Milderungszone anschließen. Damit soll verhindert werden, dass sofort auf den vollen Steuerbetrag Solidaritätszuschlag erhoben wird. Die Milderungszone soll für zu versteuernde Einkommen bis 96.409 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 192.818 Euro (Verheiratete) gelten.

Sachbezüge bis 44 Euro monatlich steuerfrei

▼ Im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses gewährte Sachbezüge sind steuer- und sozialversicherungs-frei, wenn sie insgesamt 44 Euro im Kalendermonat nicht übersteigen. Dies gilt auch dann, wenn sie nicht zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden, sondern ihnen eine Gehaltsumwandlung zugrunde liegt. Barbezüge sind demgegenüber nicht begünstigt.

Wichtig: Bei dem Betrag von 44 Euro monatlich handelt es sich um eine sogenannte Freigrenze und nicht um einen Freibetrag. Das bedeutet, dass bereits ein geringfügiges Überschreiten der 44 Euro-Grenze im Monat dazu führt, dass der Sachbezug in voller Höhe steuerpflichtig ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bei einem Tankgutschein über 44 Euro der Aussteller eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von nur einem Euro berechnet.

In der Praxis ist insbesondere auch darauf zu achten, dass Sachbezüge nicht in Gestalt eines Jahres-

beitrages (zum Beispiel zu einem Fitness-Studio), sondern gegebenenfalls monatlich wiederkehrend eingeräumt werden. Zudem gilt die Freigrenze von 44 Euro monatlich nicht je Sachbezug, sondern in additiver Betrachtungsweise für alle Sachbezüge zusammen, die ein Arbeitnehmer im Monat erhält.



Sachbezüge sind ein beliebter steuer- und sozialversicherungsfreier Gehaltsbestandteil.

Kombination: Baukindergeld und Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen

▼ **Die Gewährung von Baukindergeld ist für die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen unschädlich. Dies haben zwei Landesfinanzbehörden klargestellt.**

Das Baukindergeld ist ein staatlicher Zuschuss, den die Bezieher nicht zurückzahlen müssen. Der Zuschuss soll es Familien mit Kindern und Alleinerziehenden leichter machen, ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung zu finanzieren. Pro Kind erhalten Sie 12.000 Euro, ausgezahlt in zehn jährlichen Raten zu je 1.200 Euro. Damit will der Gesetzgeber dabei helfen, das eigene Zuhause leichter zu finanzieren. Bezieher des Baukindergelds können diesen Zuschuss beispielsweise auch mit der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen kombinieren. Dies haben die Landesfinanzbehörden Schleswig-Holstein und Hamburg kürzlich klargestellt.

Der Hintergrund: Für Handwerkerleistungen wegen Renovierung, Instandhaltung oder Modernisierung im Haushalt des Steuerpflichtigen wird eine Steuerermäßigung von 20 Prozent auf den in der Rechnung ausgewiesenen Lohnkostenanteil gewährt, höchstens 1.200 Euro. Dieser Ermäßigungsbetrag wird unmittelbar von der Steuer abgezogen. Eine Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen kommt allerdings dann nicht in Betracht, wenn es sich bei den Arbeiten um öffentlich geförderte Maßnahmen handelt, für die zinsverbilligte Darlehen oder steuerfreie Zuschüsse in Anspruch genommen werden.

Das Argument der Landesfinanzbehörden: Mit dem Baukindergeld wird ausschließlich der erstmalige Erwerb von Wohneigentum oder die Neuanschaffung von Wohnraum gefördert. Handwerkerleistungen sind dagegen nicht Inhalt der über zehn Jahre ausgezahlten Förderung. Im Unterschied zu anderen Förderprogrammen der KfW-Bankengruppe für investive Maßnahmen der Bestandsanierung schließt die Gewährung von Baukindergeld daher eine Inanspruchnahme der Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen nicht aus.



Für Handwerkerleistungen wird eine Steuerermäßigung von 20 Prozent auf den in der Rechnung ausgewiesenen Lohnkostenanteil gewährt.

Neue Belegausgabepflicht ab 1. Januar 2020

Ab 2020 wird zugleich eine Belegausgabepflicht bei Verwendung eines elektronischen Kassensystems eingeführt. Danach ist zwingend jedem Kunden ein Kassenbeleg auszuhändigen. Gemäß § 6 Kassensicherungsverordnung kann der Beleg in Papierform oder mit Zustimmung des Belegempfängers elektronisch in einem standardisierten Datenformat ausgegeben werden. Nach dem Entwurf des BMF-Schreibens sind unter „standardisierten Datenformaten“ gängige Formate wie etwa JPG oder PDF zu verstehen. Aus Zumutbarkeitsgründen sieht das Gesetz für den Warenverkauf an eine Vielzahl von nichtbekannten Personen vor, dass Unternehmen die Befreiung von der Belegausgabepflicht beantragen können. Die Finanzbehörde wird nach pflichtgemäßem Ermessen über den Befreiungsantrag entscheiden. Die Zustimmung zur Befreiung kann jedoch jederzeit widerrufen werden.